

## **Bericht aus dem Rathaus – Januar 2015**

### **LINKE initiiert interfraktionellen Antrag – Stadtvertretung zeigt Gesicht für ein friedliches und weltoffenes Schwerin**

Seit Anfang Januar marschiert der Pegida Ableger MVgida durch die Straßen unserer Landeshauptstadt. Dies wird sich voraussichtlich bis Mai 2015 fortsetzen, solange sind bereits „Spaziergänge“ der Anhänger angemeldet. Unter den Demonstranten finden sich Abgeordnete und Mitarbeiter der NPD Fraktion im Landtag und bekannte Rechtsextremisten aus dem Norden. Dies nahm die Linksfraktion in der Stadtvertretung zum Anlass einen interfraktionellen Antrag mit CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Unabhängigen Bürgern auf den Weg zu bringen, der noch einmal klarstellt, für welche Werte die demokratischen Fraktionen in Schwerin stehen. Den Beschlusstext überbrachten Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow und Stadtpräsident Stefan Nolte den in strömendem Regen ausharrenden Gegendemonstranten. Als MVgida den Marktplatz erreichte, um dort seine Kundgebung abzuhalten unterbrach die Stadtvertretung ihre Januarsitzung und beschützte symbolisch hinter dem Banner des Bündnisses für ein friedliches und weltoffenes Schwerin das Rathaus.

### **Fraktionen verständigen sich über BUGA Millionen**

Die BUGA 2009 war eine tolle Werbung für unsere Stadt und auch finanziell ein voller Erfolg. Sie hat unsere Stadt vor allem touristisch vorangebracht. Dies war nicht nur der Verdienst der Kommunal- und der Landespolitik, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger, die sich tatkräftig für die Bundesgartenschau engagiert haben. Unser Ziel war und ist es deshalb, dass Schwerin langfristig vom Überschuss der BUGA profitiert und möglichst viele Menschen etwas davon haben.

Deshalb wird das Stiftungskapital der Schweriner Bürgerstiftung nochmals um eine Million Euro aufgestockt. Der Stiftungszweck ist breit gefächert, so das aus den Zinserlösen zukünftig unabhängig von der konkreten Haushaltssituation Sport und Kultur ebenso gefördert werden können wie die Jugend- und Altenarbeit, soziale Projekte oder das Ehrenamt. Eine weitere Million Euro aus den BUGA - Millionen wird zur Reduzierung des Defizits im Haushalt 2015 eingesetzt. Unsere schwierige Haushaltslage macht es erforderlich, dass ein Teil des Überschusses zur Haushaltskonsolidierung verwendet wird. Die verbleibenden Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro sollen nach dem Willen der fünf Stadtfraktionen zur Stärkung des Zoos, für den Erhalt und die Pflege der ehemaligen BUGA-Flächen, für die Weltkulturerbe-Bewerbung, zur Förderung von Aktivitäten in den Ortsbeiräten sowie für dringend notwendige Baumaßnahmen im Eisenbahnmuseum eingesetzt werden.

### **Schleswig Holstein Haus bleibt städtisch**

Mit überraschender Einmütigkeit hat sich die Stadtvertretung für die Stärkung des Schleswig-Holstein-Hauses als städtisches Kulturforum ausgesprochen. War noch vor zwei Jahren insbesondere von der SPD eine Privatisierung angestrebt worden, stimmten jetzt alle Stadtvertreter für das neue Konzept, mit dem die Attraktivität und damit auch die Besucherzahl, also die Einnahmen erhöht werden sollen. Für die LINKE trat Julia-Kornelia Romanski ans Mikrophon und betonte, dass die Entscheidung der Fachausschüsse für ein gutes, auf Nachhaltigkeit angelegtes Konzept, die Zustimmung der Linksfraktion finde.

Jetzt gelte es eine Leitung zu finden, die den Vorhaben weniger, aber hochwertigere Veranstaltungen und begleitende Programme für unterschiedliche Zielgruppen anzubieten sowie über einen Förderverein zusätzliche Gelder einzuwerben, gerecht werden könne.

### **LINKE unterstützt sunnitische Gemeinde**

Gerade in Zeiten, in denen nach dem Terrorakt in Paris viele Muslime unter Generalverdacht gestellt werden, geht es darum, die in unserer Stadt ansässigen und gut integrierten Mitbürger dieses Glaubens zu unterstützen. Die sunnitische Gemeinde ist mit ihren Gebetsräumen derzeit noch in einer alten, abrissreifen Kindertagesstätte in der Anne Frank Straße untergebracht. Fraktionschef Henning Foerster hatte die Gemeinde im vergangenen Jahr besucht und sich gemeinsam mit dem damaligen Baudezernenten Wolfram Friedersdorf um eine alternative Unterbringung bemüht. Bislang ohne Erfolg deshalb stellte die Fraktion erneut einen Antrag. Die Verwaltung prüft derzeit das Angebot eines Investors für die Fläche, der diese nur dann erhalten soll, wenn er eine alternative Unterbringung zu moderaten Kosten für die Gemeinde findet. Dies war nötig, da sich im direkten Umfeld keine geeigneten, kommunalen Gebäude befinden und die Gemeinde im Süden Schwerins bleiben möchte.

### **LINKE schlägt Kompromiss für Hochhäuser in Lankow vor**

Die Emotionen schlagen hoch, seit in den Medien bekannt wurde, dass die städtische WGS den Verkauf oder den Abriss von Hochhäusern in Lankow plant. Fakt ist, dass die hohen Kosten welche mit einer Sanierung verbunden wären für alle Hochhäuser durch das städtische Unternehmen nicht getragen werden können. Helmut Holter machte für die LINKE deutlich, dass man sowohl die Sorgen und Nöte der Einwohner ernst nehmen müsse, ohne dabei die Verantwortung für die WGS aus den Augen zu verlieren. Wenn eine Sanierung aller Hochhäuser nicht möglich sei, könnte der Kompromiss darin bestehen, 2 Häuser zu sanieren und damit für den Stadtteil zu erhalten. Damit hätten die WGS Mieter, die sowohl beim kommunalen Unternehmen, als auch in einem Hochhaus wohnen bleiben möchten, eine Alternative in ihrem Stadtteil. Die anderen Hochhäuser könne man mit Hilfe von Fördermitteln ggf. abreißen und die Flächen weiterentwickeln. Einem Verkauf, zumal an Gesellschaften ohne wirkliches Interesse an einer Aufwertung der Gebäude erteilte er namens der Linksfraktion eine klare Absage.

### **LINKE für LIVE Stream bei Bürgerfragestunden**

Es war die LINKE, die 2012 als erste dafür eintrat die Debatten der Stadtvertretung transparent zu machen und im so genannten LIVE Stream zu übertragen. Jeder Bürger der Stadt, der über einen Internetanschluss verfügt, kann sich zuschalten und damit ohne im Rathaus sitzen zu müssen, mitverfolgen, wie die Vertreter der einzelnen Fraktionen argumentieren und welche Entscheidungen sie treffen. Zum Start des Angebotes im vergangenen Jahr hatten sich mehr als 1.200 Interessierte zugeschaltet, zuletzt waren es immer noch mehrere hundert. Fraktionschef Henning Foerster wies die Kritik der CDU an der Übertragung der Bürgerfragestunde zurück. Die Technik und das Personal sind da, Mehrkosten werden nicht erzeugt und der Datenschutz ist durch die Notwendigkeit das Einverständnis zur Übertragung einzuholen, gegeben.

## **Behindertenbeauftragter oder Beirat?**

Eigentlich ist die Entscheidung in der Vergangenheit gefallen. Ein Beirat logistisch unterstützt durch ein Büro und entsprechende Technik, soll Menschen mit Behinderungen behilflich sein, sie beraten, ihre Anliegen an die Politik herantragen oder eigene Initiativen ergreifen. Daran erinnerte Peter Brill in seinem Statement für die LINKE. Allerdings mangelt es nach dem Ausscheiden von Personal in der Verwaltung wohl ein wenig an der notwendigen Unterstützung. Da ähnliches auch vom Seniorenbeirat vorgetragen wird, sind Politik und Verwaltung aufgefordert, nach einer Lösung zu suchen.

## **Fläche der Schwimmhalle Lankow soll entwickelt werden**

Die Würfel sind gefallen. Mit der Neueröffnung der Schwimmhalle auf dem Großen Dreesch, in der Bevölkerungsschwimmen und Schwimmsport unter modernsten Bedingungen eine neue Heimat gefunden haben, wird die alte Lankower Schwimmhalle geschlossen. Damit diese nicht dem Vandalismus anheim fällt, sollten Politik und Verwaltung sich zügig dazu verständigen, wie die Fläche entwickelt werden kann, machte Fraktionsvize Gerd Böttger in seiner Rede deutlich. Einen Umbau zur Handballhalle unter Beibehaltung der Sauna durch einen privaten Investor schloss die Stadt aus, da dies nur unter eigener Beteiligung möglich sei und erhebliche Risiken berge.

## **Sportinfrastruktur wird verbessert**

Mit der positiven Entscheidung für den Fördermittelbescheid an den FC Mecklenburg kann im Frühjahr der Neubau eines Funktionsgebäudes mit Tribünenanteil im Sportpark beginnen. Damit verbessern sich die Bedingungen für den Breiten- und Leistungssport erheblich. Zudem steigt die Attraktivität für die Besucher.

## **Ideen für nicht genutzte Gewerbeflächen gefragt**

Hinter dem sperrigen Begriff eines Strategischen Leerstandsmanagements verbirgt sich die Idee, leer stehende und derzeit nicht verwertbare Gebäude an junge Unternehmen, Künstler und Kreative zu geben, damit diese sie einer sinnvollen Zwischennutzung zuführen können. Auch Nachbarschaftsprojekte sind denkbar. Ein interessanter Ansatz, so Andre Walther für die LINKE, der jedoch zu bedenken gab, dass die Mehrzahl der in Rede stehenden Gebäude nicht in städtischer Hand sein dürften. Von daher sollte die Idee in den Fachausschüssen weiter diskutiert und qualifiziert werden.

## **Vermittlung bei Streitigkeiten im Jobcenter**

Die Zahl von Widersprüchen und Klageverfahren im Zusammenhang mit Angelegenheiten des SGB II ist immer noch hoch. Das statistische Landesamt weist im Jahrbuch 2014 für das Vorjahr 2013 allein 6.186 abgeschlossene Verfahren nach. Gerichtsverfahren sind häufig langwierig. Hilfesuchende wenden sich deshalb nicht nur an Fachanwälte sondern auch an den Petitionsausschuss des Landtages oder den Bürgerbeauftragten des Landes MV. Letzterer verweist in seinem 19. Jahresbericht darauf, dass „ein Schwerpunkt der Tätigkeit die Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden zum Rechtskreis SGB II bleibt.“ Gegenüber 2012 (364) stieg die Zahl der Petitionen 2013 (383) wieder an. Die LINKE regt daher die Schaffung einer Ombudsstelle an, die als unabhängige Schieds- und Ansprechstelle für Kundinnen und Kunden des Jobcenters agiert und in Form einer neutralen Person in außergerichtlichen Verfahren und bei Konflikten vermittelt.

